

Suizide in Untersuchungshaft

Neue Abteilung für psychisch angeschlagene Häftlinge

Nach dem Suizid der Kindsmörderin aus Flaach erhoben ihre Eltern schwere Vorwürfe gegen die Behörden. Nun soll die Situation der Inhaftierten verbessert werden.

- von **Fabian Baumgartner**
- 30.1.2016, 05:30 Uhr

-



Das Amt für Justizvollzug reagiert auf sechs Todesfälle in Zürcher Untersuchungsgefängnissen im vergangenen Jahr. (Bild: Christian Beutler / Keystone)

Eine Häufung von Todesfällen in Zürcher Untersuchungsgefängnissen brachte die Behörden im vergangenen Jahr in Erklärungsnot. Der Selbstmord der 27-jährigen Mutter aus Flaach war [einer von sechs Suiziden](#). Die Behörden hätten nicht auf die Hilferufe ihrer Tochter reagiert, kritisierten etwa die Eltern der jungen Frau. Justizdirektorin Jacqueline Fehr gab deshalb einen [externen Untersuchungsbericht zu den Vorfällen in Auftrag](#). Dieser liegt allerdings noch nicht vor. Er soll aber noch in diesem Jahr erscheinen. Der Staat habe eine erhöhte Verantwortung bei den Untersuchungshäftlingen, begründet Fehr das Vorgehen. Immerhin gelte bei ihnen die Unschuldsvermutung.

Das zuständige Zürcher Amt für Justizvollzug hat Ende November auch einen eigenen Bericht zum Zustand und zu Massnahmen bei der Untersuchungshaft im Kanton Zürich vorgelegt. Dieser ortet Nachholbedarf; insbesondere das strikte Haftregime könne bei längerer Dauer problematisch sein. Es ist bekannt, dass die Zürcher Untersuchungsgefängnisse – im Unterschied etwa zur modernen Justizvollzugsanstalt Pöschwies – teilweise alt sind und enge Raumverhältnisse aufweisen. Zürich hat zudem ein strengeres Haftregime als andere Kantone, vor allem, was den Kontakt mit Angehörigen betrifft. Die Nationale Kommission zur

Verhütung von Folter forderte deshalb bereits 2014 eine [Lockerung des Regimes in Fällen ohne Kollusionsgefahr](#).

Nun hat Thomas Manhart, Leiter des Amts für Justizvollzug, ein Bündel von möglichen Massnahmen präsentiert:

Zusätzliche Arbeitsräume für die Insassen ausserhalb der Zelle

Abteilung für Insassen mit erhöhtem psychiatrischem Betreuungsbedarf

Erweiterte Bewegungsmöglichkeiten für Häftlinge nach 6 bis 8 Monaten

Gruppenvollzug statt Einzelhaft

Aufstockung des Gesundheits- und Nachtdiensts

Ausbildung des Aufsichtspersonals im Bereich Suizidprävention

Mit den Massnahmen soll nach einer bestimmten Zeit ein erleichterter Kontakt zu Angehörigen ermöglicht werden. Das erfordere aber zusätzliche Überwachungsmassnahmen, sagt Manhart: «Es darf nicht passieren, dass dadurch die Arbeit der Staatsanwaltschaft behindert wird.» Für die Einrichtung einer Abteilung für Häftlinge mit psychischen Problemen kommt laut Manhart etwa das moderne Gefängnis Limmattal infrage. Für die Abteilung vorgesehen seien fünf zusätzliche Stellen. Den finanziellen Mehraufwand hofft Manhart abzufedern, weil Insassen nicht mehr in die teure Psychiatrische Klinik Rheinau verlegt werden müssten. Nach den Suiziden hinter Gittern hat das Amt auch erste Sofortmassnahmen unternommen. So wurden Kajütenbetten aus den Zellen genommen, damit sich Insassen weniger gut erhängen können. Zudem wurden auch neue Arbeitsräume geschaffen. Manhart ist zuversichtlich, dass damit Suizide erschwert werden. Die Finanzierung der Vorschläge ist allerdings noch nicht gesichert.